

Priorität für mehr Betreuung

Interviews mit den jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern

Familienpolitik erfährt momentan einen wahren „Boom“. Dabei sind die Probleme, die ins Zentrum der politischen Debatte gerückt sind, nicht neu. Die nordrhein-westfälische Gesellschaft ist eine alternde Gesellschaft. Die Geburtenrate sinkt kontinuierlich. Gleichzeitig steigt die Zahl junger Familien und Kinder, die auf staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind. So kann und darf es nicht weitergehen, darüber herrscht Einigkeit. An Lösungsansätzen mangelt es nicht. Doch in Zeiten knapper Kassen stoßen solche Überlegungen schnell an die Grenzen des Finanzierbaren. „Landtag intern“ sprach darüber mit Marie-Theres Kastner (CDU), Britta Altenkamp (SPD), Andrea Asch (GRÜNE) und Christian Lindner (FDP).

Der Ministerpräsident hat 2006 zum Jahr des Kindes erklärt. Gleichzeitig beklagen die Wohlfahrtsverbände die wachsende Zahl von Kindern, die mit ihren Eltern in Armut leben. Wie passt das in einem wohlhabenden Land wie NRW zusammen?

Kastner: Wenn man Jahre mit einem Thema versieht, dann möchte man damit in besonderer Weise auf die Lebenssituation derjenigen aufmerksam machen, die man in den Mittelpunkt stellen möchte. Das sind für das Jahr 2006 die Kinder und die Familien. In der Regel verzichten junge Erwachsene nicht etwa deshalb auf Nachwuchs, weil sie keine Kinder mögen. Viele junge Leute sind sich sehr wohl der Verantwortung bewusst, die Kinder mit sich bringen. Kinder brauchen Liebe und Zeit, aber auch Geld für Nahrung, Kleidung und vor allem Ausbildung. Wenn die Arbeitsplätze unsicher sind, wenn passgenaue Betreuungsmöglichkeiten fehlen, und wenn gerade deshalb die Partnerschaften an mancher Stelle gefährdet sind, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn weniger Kinder zur Welt kommen. Kinder zu haben, bedeutet ein finanzielles Risiko, und das ist umso größer, je niedriger das Einkommen der Eltern ist. Deshalb kann es auch in einem wohlhabenden Land wie NRW Armut geben. Das wollen und müssen wir hinterfragen und vor allem ändern. Wenn dazu das Jahr des Kindes beiträgt, kann man das nur begrüßen.

Altenkamp: Das „Jahr der Kinder“ ist in meinen Augen reine Marketingstrategie. Die Haushaltseckdaten hinterlegen diese großspürige Ankündigung nicht mit Inhalt. Richtig ist: Die Situation der in Armut lebenden Kinder hat sich durch die geänderte Sozial-

gesetzgebung weiter verschärft. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden sowie Kinder, die in Familien mit Migrationshintergrund aufwachsen. Politik muss hier gegensteuern. Zielrichtung der SPD ist es, nicht nur die Familien in den Blick zu nehmen, die bereits in Armut leben. Stattdessen müssen wir uns auch auf die Familien konzentrieren, die an der Schwelle zum sozialen Abseits leben und dafür sorgen, dass sie nicht abrutschen. Insbesondere die Ausweitung des Angebots von Kinderbetreuung und die Erleichterung des Zugangs zu diesen Angeboten sind im Rahmen des Umstellungsprozesses auf Hartz IV zu kurz gekommen. Das werden wir in diesem Jahr nachholen.

Asch: Es freut mich natürlich, dass Familienpolitik auch auf Landesebene in die Mitte der politischen Diskussion gerückt ist. Ich habe allerdings Probleme damit, dass der Ministerpräsident einerseits 2006 zum Jahr der Kinder erklärt und zum anderen gerade in diesem Bereich massive Kürzungen vornimmt. Das ist ein eklatanter Widerspruch. Davon sind unter anderem die Betriebskostenzuschüsse für indertageseinrichtungen, die Erziehungsberatungsstellen, die

Familienbildung sowie die Familienhilfe insgesamt. Das Gegenteil ist gefragt. Denn gerade arme und bildungsferne Familien brauchen ein gutes und verlässliches Betreuungssystem, um Förderdefizite ausgleichen zu können. Als „Trostpflasterchen“ für die Kürzungen fordert die Landesregierung jetzt die Schaffung von Familienzentren. Die Idee hierzu ist keinesfalls neu und im Grundsatz auch nicht verkehrt. Aus Sicht der Grünen ist es jedoch unumgänglich, hierfür qualitative Mindeststandards verbindlich festzulegen. Stattdessen plant Minister Laschet ein



Marie-Theres Kastner (CDU)

ergebnisoffenes Verfahren. Das wird dem Ziel, die Angebote für Familien qualitativ weiterzuentwickeln, aus unserer Sicht nicht gerecht.

Lindner: Der Ministerpräsident hat das Jahr 2006 zum Jahr der Kinder erklärt, um deutlich zu machen, dass in diesem Bereich noch Anstrengungen unternommen werden müssen. Das bedeutet einerseits, dass wir verstärkt Eltern in die Erwerbstätigkeit bringen und damit zu Wohlstand verhelfen müssen. Wir haben hierzulande viel zu viele Familien, die von Sozialhilfe abhängig sind. Andererseits müssen wir die Betreuungs- und Fördermöglichkeiten für Kinder verbessern und ausbauen. Das fängt bei den Kindertageseinrichtungen an, geht über den außerschulischen Bereich wie Kinder- und Jugendzentren bis hin zu den Grund- und weiterführenden Schulen. Und genau das wird im Jahre 2006 mit der Verabschiedung des Schulgesetzes, mit der Einführung der Familienzentren sowie mit der Neuorientierung des Landesjugendplans umgesetzt werden.

Älter werdende Gesellschaft, sinkende Geburtenrate – früher sollte die Zuwanderung diese Lücke schließen. Ist das immer noch das Patentrezept?

Kastner: Zuwanderung war und ist nicht das Patentrezept, um unsere demographischen Pro-



Britta Altenkamp (SPD)

bleme zu lösen. Das ist schon deshalb nicht die Lösung, weil wir uns nicht aussuchen können, wer zu uns kommt. Wir sehen, dass in den letzten Jahren Menschen zu uns kommen, die wir mehr oder weniger unterstützen müssen, wenn sie sich hier heimisch fühlen sollen. Integration ist ein gesellschaftlicher Weg und auch ein finanzieller Aufwand. Wir erleben es Tag für Tag, welche praktischen Probleme wir bei der Integration lösen müssen. Ohne Sprache beispielsweise kann Integration kaum gelingen. Die Kinder haben weniger Chancen. Daher haben wir die Mittel für die Sprachförderung auf 15,6 Millionen Euro verdoppelt. Eine Lösung des demographischen Problems kann nur in Migration und in einer attraktiveren Politik für Familien bestehen. Wir können den Menschen das „Kinderkriegen“ nicht vorschreiben. Wir als Politik können aber sehr wohl die Grundvoraussetzungen für positive Entscheidungen schaffen.

Altenkamp: Wir müssen konstatieren: Nicht alle Hoffnungen von damals haben sich erfüllt. Heute wissen wir: Zuwanderung ohne eine gute Integrationspolitik multipliziert die gesellschaftlichen Probleme. Integrationspolitik muss daher den Fokus insbesondere auf die zweite und dritte Migrantengeneration richten und die Sozialpolitik sowie die Sozialsysteme besser auf deren Bedürfnisse ausrichten. Diese Gruppe ist noch nicht in unserer Gesellschaft angekommen. Vor fünfzehn Jahren hat man geglaubt, das würde automatisch passieren. Tatsächlich ist es so, dass Kinder dieser Generation im Hinblick auf Sprachkenntnisse und Sozialverhalten größere Schwierigkeiten aufweisen als die erste Generation. Hier müssen wir über besser greifende Konzepte nachdenken. Es gibt jedoch kein Patentrezept.

Asch: Patentrezepte gibt es hierbei nicht. Wir müssen versuchen, jungen Paaren die Entscheidung für Kinder zu erleichtern. Das können wir erreichen, indem wir ein Netz von besseren Betreuungsangeboten schaffen und den Eltern von Geburt an Hilfen zur Verfügung stellen, damit sie auch bei Berufstätigkeit ihre Kinder versorgt wissen. Dabei dürfen wir nicht die Belange von zugewanderten Familien außer Acht lassen. In vielen NRW-Ballungszentren liegt der Anteil der Kinder mit Migra-



Christian Lindner (FDP)

tionshintergrund bei circa 30 Prozent. Prognosen gehen davon aus, dass in zehn Jahren jedes zweite Kind in NRW einen Migrationshintergrund hat. Dieser Herausforderung müssen wir uns familien- und integrationspolitisch stellen.

Lindner: Ich warne davor, dass wir uns nur auf eine Lösung versteifen. Die Frage darf nicht lauten: Entweder

Zuwanderung oder Erhöhung der Geburtenrate? Selbstverständlich brauchen wir beides. Zum einen müssen wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unter dem Gesichtspunkt der Teilhabegerechtigkeit so unterstützen, dass sie sowohl am Arbeitsmarkt als auch am gesellschaftlichen Leben partizipieren können. Zum anderen müssen wir Anreize dafür schaffen, dass sich junge Menschen wieder dazu entschließen, Kinder zu bekommen. Laut Statistik bleiben mittlerweile rund 40 Prozent der Akademikerinnen kinderlos. Dem können wir insbesondere durch ein verbessertes Angebot im Bereich der Klein- und Kleinstkindbetreuung begegnen, damit sich junge Eltern nicht mehr vor die fatale Entscheidung Kind oder Beruf gestellt sehen.

Wann kommt in NRW der beitragsfreie Kindergarten für alle?



Andrea Asch (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Kastner: Der beitragsfreie Kindergarten ist zwar wünschenswert, aber jetzt und in absehbarer Zeit nicht finanzierbar. Ich glaube auch, dass wir vorher die Betreuungsangebote noch vermehren und passgenauer gestalten sollten, bevor wir zur Beitragsfreiheit kommen. Die Frage nach der Beitragsfreiheit hat viele Diskussionen ausgelöst. Das tut der Familienpolitik gut und zeigt auf, dass wir in der ganzen Republik noch eine ganze Menge tun müssen, um wirklich Kinder und ihre Familien optimal zu unterstützen.

Altenkamp: Ich hoffe, dass wir eines Tages in NRW den beitragsfreien Kindergarten haben werden. Für sinnvoll halte ich die Pläne der rheinland-pfälzischen Landesregierung, zunächst nur das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Daran sollte sich NRW ein Beispiel nehmen. Zweifellos würde dies eine deutliche Verschiebung von Schwerpunkten in den künftigen Haushaltsberatungen voraussetzen. Immerhin reden wir über eine finanzielle Mehrbelastung von ungefähr 100 bis 120 Millionen Euro. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass sich dieses ehrgeizige Ziel noch in dieser Legislaturperiode realisieren ließe. Ich finde es daher schade, dass die Landesregierung das gleich negiert und sagt, bis 2010 brauchen wir diese Diskussion gar nicht zu führen.

Asch: So sehr ich mir das wünschen würde, halte ich das in Anbetracht der begrenzten Ressourcen derzeit für unrealistisch. Da bin ich mit dem Familienminister einer Meinung. Was wir brauchen, ist ein flächendeckendes Netz von Betreuungsplätzen für Kinder, gerade für die unter Dreijährigen. Das muss oberste Priorität haben. Wenn wir dieses Ziel in der jetzigen Legislaturperiode erreichen sollten, kann man anschließend über beitragsfreie Kindertageseinrichtungen diskutieren.

Lindner: Voraussetzung dafür wäre eine finanzielle Verständigung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Auf unserer Prioritätenliste im Land steht allerdings die Konsolidierung des Landeshaushalts an erster Stelle. Zweitens müssen wir die Betreuungsinfrastruktur qualitativ und quantitativ verbessern. Wünschenswert wäre drittens, Familien auch finanziell beim Elternbeitrag zu entlasten. Dabei halte ich es angesichts der früher möglichen Einschulung für geboten, zunächst nur das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, damit der Entwicklungsstand des Kindes und nicht der Geldbeutel über den Einschulungszeitpunkt entscheidet.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.